

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Wichtigste Nachrichten aus dem Reich und Ausland. Preis 10 Pf. ...

Mit den Beilagen: Der Rote Stern, Der kommunistische Gewerkschafter, Rote Hilfe, Die Kommunistin, Der Genossenschaftler, Tribüne, Der Jungprolet

Abbestellen: ...

Begründet von Bernhard Gotzländer (März 1920 ermordet)

Drohende Staatsstreichpläne in Ostpreußen

Böllische Geheimorganisationen und Waffenlager

Di. „Welt am Abend“ berichtet aus Königsberg: Die Erklärungen des Ministers Severing: Solange ich Minister bin, gibt es keinen Aufbruch, weder von rechts noch von links, haben hier in Ostpreußen großes Aufsehen erregt. Man fragt sich, ob der Minister wirklich so schlecht unterrichtet ist, daß er nicht weiß, was in Ostpreußen vorgeht. In den politischen Reichsteilen Ostpreußens ist es ein offenes Geheimnis, daß die

Vorbereitungen für einen Aufbruch

mit einer Intensität betrieben werden, die den Staatsstreich schon in aller nächster Nähe steht. Es wäre seltsam, wenn Herr Severing die Gärung in den Kreisen der ostpreußischen Monarchisten und Nationalisten verborgen geblieben wäre, die nicht einmal mehr die Zeit zur Diktaturverhängung erwarten können. Hat Herr Severing nicht etwas von den geheimen Organisationen in Ostpreußen gehört, die unter der Führung des Generalkommandanten von Auersbach? Ist ihm unbekannt, daß in Königsberg recht umfangreiche Vorbereitungen für die Errichtung einer Munitions- und Waffenfabrik, die das notwendige Material für den innerpolitischen Umsturz herstellen soll, getroffen werden? Haben die verantwortlichen Behörden Herrn Severing davon niemals unterrichtet, woher die nach Hunderttausenden zählenden Mittel für die geheime Waffen- und Munitionsfabrikation kommen? Kennt Herr Severing wirklich nicht

die amtlichen Quellen, aus denen dieser Geldstrom fließt? Auch die Verbindungen dieser Organisationen mit den russischen monarchistischen Emigranten sind so offenkundig, daß sie selbst ein Minister nicht übersehen kann.

Wir begnügen uns heute mit diesem Hinweis, um nicht dem Ministerium die Gelegenheit zu der Ausrede zu geben, daß ihm durch unsere Veröffentlichung die Möglichkeit sofortigen Zugriffs genommen worden ist. Wir werden in den nächsten Tagen mit genaueren Daten und

Dokumentarischen Beweisen

die geradezu ungeheuerlichen Vorgänge in Ostpreußen, und die noch schlimmeren Beziehungen amtlicher Stellen zu diesen hoch- und landesverräterischen Umtrieben belegen.

Vollentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Der „Montag-Morgen“ berichtet unter der Überschrift „Neue Aktion gegen die Fürstenabfindung“, daß die Frage des Volksentscheides über die Fürstenabfindung, die in den letzten Wochen insolge der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie stagnierte, im Laufe dieses Monats wieder aufleben werde, da, wie der „M.-M.“ erfährt, die SPD. einen neuen Schritt bei der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vorbereite, um sie für einen gemeinsamen Antrag zu gewinnen. Sollten SPD. und ADGB. ablehnen, so wäre die SPD. entschlossen, noch im Januar allein bei der Reichsregierung den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzubringen.

Zu der Meldung des „Montag-Morgen“ haben wir folgendes zu erklären:

Der von der Kommunistischen Partei eingeleitete Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat weit über die Grenzen der Arbeiterklasse hinaus ein lebhaftes Echo gefunden. Nicht nur im Reichstag und in den einzelnen Landesparlamenten, sondern auch von vielen kommunistischen Betretungen liegen Anträge auf restlose Enteignung der Fürsten vor. Nicht nur die kommunistischen Arbeiter und die mit der SPD. sympathisierenden Schichten der werktätigen Bevölkerung haben sich mit diesen Anträgen solidarisiert. Trotz der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der offensichtlichen Saeslage und Berwässerungsmanöver der sozialdemokratischen Presse haben sich in vielen Orten auch die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Forderung der Kommunisten solidarisiert und dementsprechende Anträge an die sozialdemokratischen Parteiveranstaltungen gestellt. In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen haben kommunistische und sozialdemokratische Gewerkschafter gemeinsam beschlossen, für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzutreten. Unter dem Druck der täglich zunehmenden Massenbewegung gegen die Fürstenabfindung haben in verschiedenen Gemeindeparkamenten selbst bürgerliche Vertreter den von den Kommunisten eingebrachten Anträgen zugestimmt. Nicht nur in den proletarischen Massen, auch in den Kleinbürgerlichen Kreisen, in den Kreisen der Beamten und Angestellten, in den durch die Aufwertung betroffenen Schichten der Bevölkerung wächst mit jedem Tag die Empörung. SPD. und ADGB. tun aber noch immer so, als sähen sie nichts von dieser Bewegung und fahren fort, die Aktion für die entschädigungslose Enteignung zu durchkreuzen und zu sabotieren.

Die Kommunistische Partei wird trotz der öffentlichen Sabotage des SPD.-Vorstandes und des ADGB. fortfahren, die werktätigen Massen für den Kampf um die entschädigungslose Enteignung zu mobilisieren. Sie ist überzeugt davon, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wie auch die Kleinbürgerlichen Schichten, die sich bereits für die Anträge der Kommunisten entschieden haben, die Partei in diesem Kampfe weiter unterstützen werden.

Die Kommunistische Partei würde es bezweifeln, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften

geschlossen für entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintreten würden. Die Tatsache, daß die Frage der Fürstenabfindung auf der Grundlage einer Entschädigung angesetzt der ungeheuren Notlage des werktätigen Volkes, insbesondere des Millionenheeres der Erwerbslosen geregelt werden soll, wie es die Anträge der SPD. und der Demokraten verlangen, erfordert gebieterisch sofortiges und schnelles Handeln. Aus diesem Grunde wird die Kommunistische Partei das Volksbegehren beantragen und die dazu notwendigen Vorbereitungen einleiten in der besten Zuversicht, daß sie von den Millionen der werktätigen Bevölkerung aktive Unterstützung erhalten wird.

Wirth als Einseitiger der großen Koalition

(Eig. Draht.) München-Gladbach, 4. Januar.

Der Zentrumsmann Wirth hat am Anfang einer großen Versammlungstour im Rheinland eine Rede gehalten, in der er sich, wie er mehrfach betonte, besonders an die Presse und die vier Parteien der Großen Koalition wandte. Die Sozialdemokratie erinnerte er an ihre republikanischen Pflichten, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden, die allein imstande sei, die Nation vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren. Im Gegenzug zu seinen Ausführungen auf dem Kaiser-Parteitag nannte er Marx den Führer der Zentrumspartei. Seidemann dankte er für seine Neujahrsgrüße in der sozialdemokratischen Presse.

Der Druck des Zentrums

(Eig. Draht.) Karlsruhe, 4. Januar.

Der Führer des badischen Zentrums Dr. Schofer nimmt zur Frage der Regierungsbildung in einem Artikel im „Badischen Beobachter“ Stellung, der bezeichnend ist für die Art, mit der der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Große Koalition gebrochen werden soll, und wie selbst das „demokratische“ Zentrum mit dem Gedanken der Diktatur spielt. Schofer schreibt: „Wer dem Ziel der schnellsten Beendigung einer Regierungskrise entgegen arbeite, nehme schwere Verantwortung auf sich. Die Pflicht dränge das Zentrum, aus seiner Reserve herauszutreten und aktive und führende Politik zu treiben. Trotzdem dürften Hoffnungen nach der Richtung der Großen Koalition mehr als ein Fragezeichen tragen. Indes auch der Gedanke an eine auf möglichst breiter moralischer Grundlage aufzubauen Minderheitsregierung wurde nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegen. Der Reichstag würde sich zweimal beschließen, ehe er eine solche Regierung stützen werde.“

Große ArbeitslosenDemonstrationen in Posen

Posen, 4. Januar. Hier fanden in der Silvesternacht größere ArbeitslosenDemonstrationen statt, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, bei denen 15 Schutzhleute verwundet und zahlreiche Verhaftungen von Demonstranten vorgenommen wurden.

Den Umfang der Erwerbslosenunruhen in Posen zeigt eine Meldung, in der es heißt: „... die Stadt bot der Anblick wie nach Straßenkämpfen ... war die Silvesternacht tatsächlich ein Aufstand kommender bolschewistischer Unruhen ... Die Ereignisse der nächsten Tage schienen diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten. Am 2. Januar stürmten Arbeitslose den Wochenmarkt ... die bürgerliche Seite über „bolschewistische“ Unruhen verfolgt in Polen wie in Deutschland den gleichen Zweck.“

Vom Tage

Der rumänische Kronprinz Carol hat auf die Thronfolge verzichtet. Zwischen ihm und Bratianus sollen starke Differenzen bestehen.

General Fenguassiang, der am 24. Dezember Lieutenant besetzte, teilt in einem Rundtelegramm mit, daß er auf das öffentliche Leben verzichtet und nach dem Ausland gehe.

Wie die Berliner „Welt am Abend“ berichtet, droht das Zentrum die preussische Regierungskoalition zu sprengen, falls die SPD. weiter der Großen Koalition im Reich fern bleibt.

Die polnische radikale Bauernpartei hat sich gebildet, und hat den Abgeordneten Domski aus der Partei ausgeschlossen.

Gutsbesitzer-Offensive gegen die Landarbeiterschaft

Von S. Erde-Berlin.

Auf ganzer Linie stehen die Gutsbesitzer gegen die Landarbeiterschaft. Ausbau des mittelalterlichen Hofgängerwesens, Verschärfung des Antreiberwesens, Prämienlöhne, Taylorisierung der Landarbeit wird mit allem Nachdruck erstrebt. Nicht genug damit. Trotz steigender Teuerung verlangen die Gutsbesitzer bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen direkte Abbau der Löhne!

In Schlesien wurde dem DLB. auf seinen Lohn-erhöhungsantrag geantwortet, wie er denn den Mut aufbringe, noch Lohnforderungen zu stellen. Sollte der Antrag nicht zurückgegeben werden, dann beantrage der Arbeitgeberverband eine Lohnherabsetzung. Nur Lohn haben die Gutsbesitzer für die notleidende Landarbeiterschaft übrig. Im übrigen -- beizogen die schließlichen Gutsbesitzer -- würden sie an dem System der Lohnsenkung festhalten.

In der Provinz Brandenburg fordert der Deutsche Landarbeiterverband 50 Prozent Lohnerhöhung, Abbau der besten Arbeitsstunden, Regelung der Urlaub- und Hofgängerfrage. Von der am 8. Dezember stattgefundenen Verhandlung mit den Arbeitgebern berichtet die DLB.-Führung: „Als wir das die Forderungen beantragte hatten, erklärte bei den Arbeitgebern ein Gelächter.“ Mit Recht erklärte der Kreisleiter Mustawik auf der Kreisversammlung Teltow-Niederbarnim, daß 50 Prozent bei einem Stundenlohn von 29 und 30 Pfennig viel zu wenig ist und hundertprozentige Lohnerhöhung gefordert werden müßte. Aber die Gutsbesitzer lachten kaltblütig über die elende Lage der Landarbeiterschaft. Sie forderten 20 Prozent Abbau des Lohnes! Zur ihrer Beschlussfassung kam es bei obiger Verhandlung nicht.

Im Saalkreis Provinz Sachsen beantragte der DLB. Erhöhung des Spitzenlohnes um 5 Pfg. pro Stunde und entsprechende Lohnerhöhung für die übrigen Lohnklassen, Erhöhung der Frauenlöhne auf zwei Drittel des Gesamtlohnes der Männer. Die Gutsbesitzer lehnten ab, erklärten, daß aus ihren Reihen Anträge auf Lohnabbau vorliegen. Beschlossen wurde, eine zwölfgliedrige Kommission zur Prüfung (!) der Lohnfrage zu bilden.

In Bayern haben die Unternehmer und der Landeshilfswort zwei Pfennige Lohnerhöhung abgelehnt.

Für Württemberg und Hohenzollern hat der Arbeitgeberverband zehn Prozent Lohnabzug und „bedeutende Verschlechterungen des Manteltarifvertrages“ beantragt.

Man muß beachten, daß allein die steigende Teuerung der letzten Wochen einen wesentlichen Abbau des Reallohnes bedeutet. Teils sind die Landarbeiterlöhne schon ein halbes Jahr, teilweise sogar ein Jahr nicht erhöht worden.

Vor der Landarbeiterschaft steht die Frage: Wie können wir die Gutsbesitzeroffensive zurückslagen?

Zunächst müssen wir fragen, ob und in welcher Weise der DLB. Maßnahmen gegen die Gutsbesitzerforderungen, für Durchsetzung seiner Forderungen ergreift. Es ist festzustellen, daß die DLB.-Führung bisher in nicht bemerkenswerter Weise Maßnahmen eingeleitet hat. Das Organ des DLB., „Der Landarbeiter“, erschien am 18. Dezember, ohne ein Wort zu den Lohnforderungen und ihrer Durchsetzung, ohne ein Wort über die Lohnabbauvorstöße der Gutsbesitzer. Eine solche Zerknirschung der Verhandlungsposition in der gegenwärtigen Situation den Mitgliedern des Verbandes, die von der Führung eine Wegweisung verlangen, zu unterbreiten. Ein derartiges Verlagen kann der Organisationsmüdigkeit unter der Landarbeiterschaft nur Vorkubid leisten.

Wenn aber der Hauptvorstand des DLB. schon ratlos und unentschlossen sich der Gutsbesitzeroffensive gegenüber zeigt, ist es nicht verwunderlich, wenn die vom Hauptvorstand eingeleiteten Gau- oder Kreisleiter meist ebenso hilflos sich zeigen. Man schimpft etwas auf die „agrarische Anergütlichkeit“, fordert die Landarbeiter auf, in den DLB. einzutreten. Teils wird das Vorgehen der Gutsbesitzer noch besonders erleichtert, indem DLB.-Letter schon vor den Tarifverhandlungen ankündigen, daß Tarifverschlechterungen zugestimmt wird, wenn die Gutsbesitzer nur wenigstens einen Tarif abschließen. So war es in Mecklenburg, wo von den Gutsbesitzern ein Abbau der Vertreterrechte gefordert wurde!

Mit vollem Recht haben die Landarbeiterdelegierten auf der DLB.-Konferenz des Kreises Friedeberg und auch im Kreise Angermünde (Brandenburg) gefordert, daß der DLB. „unter keinen Umständen Verschlechterungen irgendwelcher Art“ zustimmt. Die dortigen Landarbeiter erklären, daß sie lieber vorübergehend eine tariflose Zeit haben und Vereinbarungen mit den einzelnen Betrieben treffen. Solche Einzelverträge haben die Gefahr der Zerspaltung der Landarbeiterbewegung und darum sagt das DLB.-Mitteilungsblatt des Gau's Magdeburg am 19. 12. durchaus richtig, daß dererbet Borgänge „tatsächlich Nutzen für den Arbeitgeber in sich bergen“. Ein solcher Zustand ist daher nur vorübergehend hinzunehmen und erfordert gebieterisch die rasche Sammlung aller

Seite 4. Januar

Rechte und den linken Flügel von Kämpfern...

Rechtzeitig ist die... die Landarbeiter...

Die Landarbeiter... die Arbeiter...

Wenn der D.V. in obiger Weise der Land...

Hilfe für die Erwerbslosen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat...

Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung...

Der Sozialpolitische Ausschuss lehnte...

Die kommunistische Fraktion hat...

Im Hinblick auf die von Woche zu Woche...

Die kommunistische Fraktion schlägt...

Mit einem weiteren Schreiben wandte...

„Zum Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages...

Das Kabinett Jankoff ist...

Der weiße Terror, die Hinmordung von Tausenden...

Die Regierung plant nach Presseangaben...

Hinter den Anträgen der KPD-Fraktion...

Neue Hochwasserchäden

Cleve, 4. Januar. Eine neue Gefahr...

Wesel, 4. Januar. Eine fürchterliche Katastrophe...

Mersburg, 4. Januar. Die Hofküche der Soale...

Wider der Preisabbau-Minister!

Berlin, 3. Januar. Bei der Entwicklung...

Die Aktion der Regierungsmehrheit...

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Krise...

„Vollstreckung von großer Wichtigkeit ist...

Das neue Volksbüro der KPD

Moskau, 3. Januar. Heute fand die erste...

Zum 50. Geburtstag des Genossen Bied...

Don Hüfn zu Hüfn... Roman einer Frau

Mein lieber Schatz...

In den ersten Tagen vermählte ich...

(Fortsetzung folgt)

Die Befämpfung der drohenden Katastrophe

Einige Vorschläge Lenins zur Wirtschaftspolitik

Es ist die Zeit der Notwendigkeit auf das vergangene Jahr. Die bürgerlichen Kreise sind voll von Besorgnissen über die wirtschaftliche Lage des Reiches. Wie sieht es aus?

Das Interimsgesetz hat kein Programm. Die Arbeiterklasse als Ganzes hat auch keines. Das macht, weil die reformistischen Gewerkschaften, weil die Reformisten in der Sozialdemokratischen Partei grundsätzlich mit der kapitalistischen Nationalisierung, der kapitalistischen Umwandlung der Wirtschaft einverstanden sind, und aus Klugheit der brutalen Unternehmeroffensive fordern, halt zu machen.

Und da ist es in der Zeit der wirtschaftlichen Wirtschaftskrise für die deutsche Arbeiterklasse an der Zeit, sich einmal daran zu erinnern, wie Lenin, wie die russischen Bolschewiki, als in der Revolution die Kapitalisten die Wirtschaft sabotierten, daran gingen, den Unternehmergeist abzuwehren. Welche Vorschläge machte damals Lenin? In seiner 1917, vor der Wladimirer Erklärung erschienenen Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?“ hat Lenin damals den russischen Arbeitern und Bauern den Ausweg gezeigt.

Gewiss sind die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands unter Kerenski von denen Deutschlands unter Hindenburg sehr, sehr verschieden. Wir müssen diese Verschiedenheit erkennen, um aus dieser Erkenntnis die richtigen und notwendigen Schritte, die die deutschen Arbeiter heute tun müssen, abzuleiten. Als Lenin jene Broschüre schrieb, gab es in Russland Sowjets, regierte Kerenski mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären, waren die Arbeiter und Bauern, aus dem Jarenjahr zurückgefallen, bewaffnet, stand die Bauernschaft in Revolte gegen die Gutsherren. In Deutschland sind Hindenburgs nicht dergleichen. In der Regierung. Es gibt längst keine Räte mehr. Die Arbeiterklasse ist entwaffnet. Sie ist dank der Katastrophe der deutschen Menschewiki weit, weit hinter den November 1918 zurückgeworfen. Die russischen Arbeiter und Bauern haben damals, Lenin und den Bolschewiki folgend, die Kerenski-Regierung gestürzt und sind zur proletarischen Diktatur gekommen. Die deutschen Arbeiter haben sich von den Hilferdingen einsperren lassen und sind zu Hindenburg gelangt.

Darum ist das, was Lenin 1917 schrieb, mehr als nur eine geschichtliche Erinnerung. Das, was er damals forderte, ist die aktuelle Forderung auch der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie, um aus der Krise herauszukommen, die ersten Schritte zum Sozialismus tun will.

Die Abwehr des Hungers

„Der Hunger naht“, rief Lenin damals. Die Kapitalisten sabotieren willentlich und unentwegt die Produktion, hoffen, daß die unerhörte Katastrophe zum Sturz der Republik, der Demokratie, der Sowjets und überhaupt der proletarischen und Bauernorganisationen führen wird, indem sie die Rückkehr zur Monarchie und die Wiederaufrichtung der Alleinherrschaft der Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes fördert.

Auch das Nationalisierungsprogramm der deutschen Bourgeoisie ist ein solches Sabotageprogramm. Auch die deutsche Bourgeoisie unter Hindenburg erstrebt zwar nicht in erster Linie den Sturz der Republik, aber sie will unter allen Umständen ihre schrankenlose reaktionäre Diktatur aufrichten. Inzwischen werden die Forderungen mit Millionen an Geld vorläufig zufriedengestellt.

Es ist eine Krise der Nation und des Glucks, die die kapitalistische Nationalisierung über die werktätigen Massen Deutschlands verhängt. Hunger und Elend, nicht aus Naturereignissen geboren, sondern aus der ökonomischen Katastrophe des niedergelassenen Kapitalismus erwachsen, bedrohen die Arbeiter. Hören wir Lenin: „Man bedenke: das Land ist ohne Waren, das Land leidet Mangel an Lebensmitteln... obwohl genügend Getreide und Rohmaterial vorhanden sind, und in einem solchen Lande entsteht in solch einem kritischen Moment die Massenarbeitslosigkeit.“

Das ist Wort für Wort das, was heute, nach einem Jahr der Dameskolonialisierung, als Katastrophe auch über die deutsche Arbeiterklasse erneut hereingebrochen ist, weil sie die kapitalistische Anarchie noch nicht überwinden hat.

Darum fordert Lenin die Überwindung dieser Anarchie. Als Mittel „zur Vorbeugung der Katastrophe und des Hungers“ fordert er: „Kontrolle, Aufsicht, Berechnung, Regelung von Seiten des Staates, planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte in der Produktion und Verteilung der Lebensmittel, das Sparen der Volkkräfte, die Ausschaltung jeder überflüssigen Kapitalausnutzung und das Zusammenhalten der Kraft, Kontrolle, Aufsicht, Berechnung — das sind die ersten Worte im Kampf mit der Katastrophe und mit dem Hunger.“

Das müssen auch die ersten Worte der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen die Wirtschaftskrise sein. Was Lenin fordert, ist auch Nationalisierung. Aber eine Nationalisierung der Wirtschaft durchgeführt von der Arbeiterklasse, im Interesse der Arbeiterklasse, zur Aufhebung des kapitalistischen Widerstands, nicht zu einer Vermengung im Interesse der Großkapitalisten und Junker durch die kapitalistische Nationalisierung.

Und als die wichtigsten Maßnahmen schlägt Lenin die fünf folgenden Punkte vor:

1. Die Vereinigung aller Banken in eine einzige und eine Staatskontrolle über ihre Operationen, oder die Nationalisierung der Banken.
2. Die Nationalisierung der Kartelle und Syndikate, das heißt der größten Monopolverbände der Kapitalisten (Zucker, Naphtha, Kohle, Metallkartelle usw.).
3. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses.
4. Die Zwangsvereinigung der Industriellen, der Gewerbetreibenden, der Eigentümer überhaupt.
5. Die Zwangsvereinigung der Bevölkerung zu Konsumgenossenschaften oder die Förderung einer solchen Vereinigung und die Kontrolle darüber.

Im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes geht es nicht an, die Begründung, die Lenin für die Notwendigkeit dieser „leicht und all-gemeinverständlich kontrollierbar“ gibt, ausführlich darzulegen.

Zur Bankenkontrolle sagt er, daß sie keine Konfiskation der Privatvermögen ist, wohl aber den Staat in die Lage setzt, zu erfahren, wohin und wie, woher und wann die Millionen und Milliarden wandern.

Der Staat würde endlich die Herrschaft über alle Geldoperationen gewinnen (ohne daß dies verheimlicht werden könnte), sie kontrollieren können, außerdem das Wirtschaftsleben zu regulieren imstande sein und Millionen und Milliarden für große Staatsoperationen zu bekommen, ohne „für die Gefälligkeit“ wahnwitzige „Kommissionsgelder“ den Herren Kapitalisten zu zahlen.

In Hindenburg-Deutschland haben wir auch eine Bankenkontrolle, aber nicht eine Kontrolle des Staates über die Banken, sondern eine wachsende Herrschaft der Banken über die Wirtschaft und über den Staat. Der Dames-Fakt hat den Grund zur neuen Herrschaft des Finanzkapitals gelegt und sie besiegelt.

Die Nationalisierung der Trusts und Kartelle: eine Forderung, die gerade für das Deutschland von heute mit seiner wachsenden Zusammenballung des Kapitals zu ungeheuerlichen neuen Monopolen aktueller denn je ist.

Und wieder ist es Lenin, der den Gedanken hervorhebt, daß in den kapitalistischen Ländern der Staat es ist, der unter der Herrschaft der Trusts die Produktion zum Nutzen der Geldmagnaten kontrolliert und reguliert; und daß demgegenüber durch die Nationalisierung der Trusts und Kartelle die Masse der

Wirtschaften die Produktion in einem neuen Interesse kontrollieren und regulieren muß.

Die „Nationalisierung der Trusts und Kartelle“, sagt Lenin, „ist die notwendige, vorbereitende Maßnahme über, wenn auch nur einen ersten Schritt und jeder Schritt der Notwendigkeit.“ In dem Augenblick, da die Nationalisierung in Deutschland nicht die schamlose Verschleierung und Verschönerung der Volkswirtschaft durch die Kapitalisten, die zum System rufen?

Der Zweck dieser „Nationalisierung“ besteht in der Befämpfung der wachsenden, strengsten und genauesten Überwachung und bewußtlich in der Zusammenfassung zum Nutzen von Kapitalisten, zum Nutzen von Waren, zur Erspareis von Kosten und „Arbeitskraft“.

Proletarische Nationalisierung und proletarische Arbeiterkontrolle gehören zusammen. Die Zwangsvereinigung ist ein erster Schritt, die Produktion auf den Bedarf der arbeitenden breiten Massen, nicht auf das Profitbedürfnis der Kapitalmagnaten und Junker umzustellen.

Das sind die wesentlichen Programmpunkte Lenins, zu denen als letzte, aber nicht die unwichtigste, die Organisation des Konsums durch Konsumgenossenschaften der städtischen und ländlichen Arbeiter tritt.

Bedarf es noch einer Begründung dafür, daß die Forderung in Deutschland durchgeführt, den deutschen Arbeitern aus ihrer Not geholfen würde?

Der Ausweg nur im Sozialismus

Doch sind diese Forderungen nicht weltfremd? Ist doch ein proletarisches Wirtschaftsprogramm nicht utopisch? Sind sie nicht bereits sozialistische Maßnahmen?

Darauf Lenin: „Diese banale Erwiderung, die in der bürgerlichen, sozialrevolutionären und menschenwürdigen Presse (und sogar in der Zeitung, auch heute bei den Hilferdingen) zu finden ist, ist die reaktionäre Verleumdung... Wir sind halt noch nicht reif für den Sozialismus, es ist verfrüht, den Sozialismus einzuführen...“ folglich muß man Kapitalisten bei der Bourgeoisie verrichten.“

Und weiter: „Über Imperialismus sprechen alle. Aber der Imperialismus ist nichts anderes als der monopolistische Kapitalismus... Und der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse... Und verläßt nun mal, anstatt eines junkerlich-kapitalistischen, eines agrar-kapitalistischen Staates einen revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, das heißt einen Staat, der revolutionär alle Privilegien zerbricht, der sich nicht fürchtet, revolutionäre den vollkommensten Demokratie einzuführen. Ihr werdet sehen, daß der Staatsmonopol-

Die polnische Krise

Von Axel, Warschau.

Es ist bereits zu einem abgebrannten Worte geworden, daß sich Polen am Rande des Bankrotts befindet. Darum ist es nicht zu verwundern, daß nicht die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Skrzypski, sondern die Rede des Finanzministers die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte.

Das „Exposé“ des neuen Finanzministers unterschied sich sehr scharf von den Erklärungen des ehemaligen Finanzministers Grabski, der fast bis zum letzten Augenblicke die Abgeordneten angelockt und sie letzten Endes mit seinem Optimismus gelangweilt hatte. Die Rede des neuen Finanzministers war jedoch in Gegenwart von unvorholenen Verhältnissen erfüllt. Er sagte unter anderem:

„Der Vorrat an Rohstoffen in der polnischen Bank ist erschöpft. Im Verlaufe von zwei Jahren wurden zur Deckung des Defizits ungefähr 750 Millionen Zloten verausgabt. Noch einen Schritt weiter, und Polen droht eine neue Inflation, die den Bankrott des Staates bedeuten würde.“

Die Krise kann nach Meinung des Finanzministers entweder durch eine Besserung der Außenhandelsbilanz oder durch den Erhalt einer auswärtigen Anleihe überwunden werden.

Was die auswärtige Anleihe betrifft, so ist diese Frage bis jetzt überhaupt noch nicht gelöst; mein aber diese Anleihe von England oder unter dessen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden würde, so würde Polen, das sich bei England „in Kost“ befindet, würde, die Überreste seiner politischen Unabhängigkeit verlieren und in den fetten Klauen des Imperialismus Großbritanniens zu einem willenlosen Werkzeug werden, dessen Schärfe in einem geeigneten Augenblick gegen die Sowjetrepublik gerichtet werden könnte.

Vorläufig muß gemäß dem Plane des neuen Finanzministers Polen in Erwartung der auswärtigen Anleihe dadurch leben, daß es seine Ausgaben einschränkt. Das Budget muß um eine halbe Milliarde verringert werden und darf höchstens einhalb Milliarden betragen. Weiter müssen die Ausgaben zur Erhaltung des Verwaltungsapparates um 100 Millionen und andere Verwaltungsausgaben um 120 Millionen eingeschränkt werden. Die Ausgaben für das Heer müssen gleichfalls um 150 Millionen gekürzt werden. „Notigenfalls“ werden alle staatlichen Unternehmungen und Monopole der Kontrolle ausländischer Fachleute unterworfen werden.

Dies bedeutet, daß Polen beginnt, auf seine Großmachtträume zu verzichten, und daß es durch Zulassung einer ausländischen Kontrolle eines Teiles seiner Souveränität bereaubt wird.

Die Einschränkung des Budgets wird dadurch nicht die Lage der breiten Massen der Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und Intellektuellen erleichtern. Der Finanzminister hat erklärt, daß die Umsatzsteuer — eine der Ursachen der Teuerung in Polen — nicht herabgesetzt werden darf. Die Einkommensteuer muß ausgedehnt werden; diese Steuer aber belastet in Polen sogar die besser verdienenden Arbeiter. Angehts all dessen wird sich die Not der Bevölkerung in Polen keineswegs vermindern. Die allgemeine Verelendung wird anwachsen.

Es muß bemerkt werden, daß bei dem jetzigen Stande der Staatsfinanzen Polens und bei dem Fehlen des Kurzes des Zloty keinerlei Agrarreform, die auf dem Grundsatze der Entschädigung aufgebaut ist, möglich ist. Dabei aber erstickt, in beträchtlichem Maße, dank der Industriekrise und angesichts der Unmöglichkeit einer Massenwanderung, das polnische Volk an verhältnismäßiger Überbevölkerung. Schon nicht zählt man auf dem Lande ungefähr eine Million Arbeiter, und ohne Agrarreform ist eine Auffassung des Finanzministers, auf den eine Beförderung der Industrie und eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit in den Städten erfolgen würde, undenkbar.

All dies wird dazu führen, daß die sozialen Verhältnisse in Polen komplizierter und schärfer werden.

Die Arbeiter, die immer mehr ohne Verdienst bleiben und sich unter der Drohung der Damesierung Polens befinden, die im Endresultat nur die Ausbeutung der Lohnarbeit vermehren würde; die Bauern, die ohne Boden sind und ohne Hoffnung bleiben, diesen auf friedlichem Wege zu erhalten; das verelendete Kleinbürgertum, die halb verhungerte und gerüttelte Intelligenz — das sind die Kataklysmen, aus denen sich die allgemeine Unzufriedenheit mit der Sachlage in Polen und mit jenen nähren wird, deren Klassenpolitik den jungen Staat an den Rand des Abgrundes gebracht hat.

Es ist also die Lage der neuen Regierung, in die die „großen Tiere“ aus den sogenannten polnischen Parteien — die Großgrundbesitzer und die Parteien der Mittelbauern — nicht eingetreten sind, eine läßt unklar. Dies wird von allen gefühlt, die begreifen, daß jetzt in Polen keine Regierungskrise besteht, sondern eine Krise des Systems.

politische Kapitalismus in einem völlig revolutionären, demokratischen Sinne existieren einen Schritt zum Sozialismus bedeutet.“

Der gibt es kein Kommando. Entweder im Interesse der Arbeiter und Bauern, wenn sie ihren revolutionären Kampf fortsetzen, wenn sie weiterhin die revolutionäre Arbeit, die imperialistische Arbeit (die heute in Deutschland) — aber im Interesse der revolutionären Demokratie. Dann ist es ein Schritt zum Sozialismus.

„Der gibt es kein Kommando.“ Die Hilferdinge erklären, daß sie gegen den Monopolkapitalismus sind, aber gleichzeitig lassen sie ihm das Leben und gehen so zum Sozialismus weg, statt zu ihm zu kehren.

Da ist es Lenin, der wieder unentwegt die Frage stellt: Entweder man ist tatsächlich ein revolutionärer Demokrat. Dann braucht man keine Schritte zum Sozialismus zu machen. Oder aber man fürchtet die Schritte zum Sozialismus, und dann... unterstellt man reaktionär-bourgeois die revolutionär-demokratische Streben der Arbeiter- und Bauernmassen.

Das ist haben die Hilferdinge in Deutschland getan. Und darum sind die deutschen Arbeiter so weit zurückgeworfen worden. Und darum ist es notwendig für die deutschen Arbeiter, daß sie sich endlich auf den Sozialismus zurückbesinnen, den ihnen die Hilferdinge verschüttet haben. Zurückbesinnen, nicht durch ein Lippenbekenntnis zum Sozialismus, sondern durch praktischen Kampf für ihn.

Noch einmal: Es gibt keine Mittel; es gibt keinen anderen Ausweg für die Arbeiterklasse.

Die Wirtschaftsforderungen Lenins, die heute für die deutsche Arbeiterklasse aktuell sind, sind ein solches praktisches Zurückbesinnen auf den Sozialismus gerade dadurch, daß sie einen Schritt vorwärts zum Sozialismus darstellen.

Seraxis aus dem Sumpf des Reformismus, Überwindung der kapitalistischen Anarchie durch die proletarische Lösung der Krise: das ist die Aufgabe, die noch vor der deutschen Arbeiterklasse steht.

Noch einmal: die deutsche Arbeiterklasse hat keine Räte mehr; sie hat keine Waffen mehr; aber sie hat eine stürmische kommunistische Partei, sie hat noch ihre Gewerkschaftsorganisationen. Sie stellt es zum revolutionären Klassenkampf zurückgewonnen im Kampf der Gewinnung der Massen für das proletarische Wirtschaftsprogramm.

Um die Gewerkschaften gilt es im Kampf gegen die Tagesnot, gegen die Verheerungen der Krise die Massen der Arbeiterklasse zu sammeln.

Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, das ist die Vorbedingung und Vorbereitung der ersten Schritte, die die deutschen Arbeiter zum Sozialismus tun müssen, wenn sie die Krise gegen die Arbeiterklasse überwinden wollen.

Und so entstehen angesichts des Annahmens einer tiefgehenden das ganze Volk umfassenden Opposition und im Vorgefühl nahender sozialer Komplikationen und Zusammenstoße Pläne zur Veränderung der Verfassung. Immer mehr heißt es: Die Rettung ist nur in einer radikalen Veränderung der Regierungsform zu finden, also in einer politischen Ausgabe des Kapitalismus.

Auf der rechten Seite träumen davon die Nationaldemokraten, deren Hauptorgan, die „Gazeta Warszawska“, vor kurzer Zeit einen Programmatitel veröffentlichte, „Moskau oder Rom?“, wobei es natürlich lehrer, das heißt dem Regime Mussolini, den Vorzug gab. Auf der linken Seite denkt ohne Zweifel Piłsudski an einen „demokratischen“ Sozialismus und rechnet dabei auf die Hilfe Englands.

Es ist auch nicht die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Kräfte von rechts und links ausgeschlossen. In einer der letzten Sitzungen des polnischen Parlaments brachte dies der Führer des „Bauernbundes“ klar zum Ausdruck, indem er unter anderem sagte:

„Ich möchte ein schlechter Prophet sein, aber ich fürchte, daß ein Augenblick, und wohl ziemlich bald, kommen wird, in dem die Herren, die rechts sitzen, Piłsudski bitten werden, die Macht in seine Hände zu nehmen und sie davon zu retten, was sie am meisten fürchten. Piłsudski hat in den Jahren 1918 und 1919 sowohl das Leben als auch die Kapitalien dieser Herren geteilt.“

Mit diesen Worten hatte der Redner natürlich die tiefgehende Gärung, die immer mehr die breitesten Massen der Bevölkerung Polens erfasst, im Auge, und sah die Möglichkeit ihres Aufstandes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker voraus. Es besteht kein Zweifel, daß der „demokratische“ Sozialismus Piłsudskis nur eine Überlagerung wäre. Raum hätte der Noth seine Schuldigkeit zu tun, würde er von der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern, die schon einmal, im Jahre 1920, den „Marshall“ und Ketter des Vaterlandes“ beseitigt haben, entzerrt werden.

Alle diese Möglichkeiten werden von der kommunistischen Partei Polens in Betracht gezogen. Den sachlichen Plänen der Bourgeoisie und Piłsudskis hat sie die Lösung entgegengelehrt: „Nur die Arbeiter- und Bauernregierung wird die Verhältnisse und mit ihnen die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Polens retten.“

In der letzten Zeit hat sich die kommunistische Parlamentsfraktion mit einem offenen Briefe an die Fraktion der Bauernpartei „Byzopolen“ (Bestreitung) an die Fraktionen der Ukrainer und der Weißrussen, an die unabhängige Bauernpartei, an die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung und an den Bauernverband gewendet. Nach einer Kennzeichnung der jetzigen Lage Polens fordert die kommunistische Parlamentsfraktion die genannten Parteien zu gemeinsamem Kampfe sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments für die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf.

Gleichzeitig schlug die kommunistische Parlamentsfraktion den oppositionellen Parlamentsfraktionen vor, einen gemeinsamen Kampf zur Durchführung folgender Forderungen aufzunehmen:

1. Befreiung des gesamten Bodens des Großgrundbesitzes ohne Entschädigung und Übergabe dieses Bodens an die Bauern.
2. Aufrechterhaltung der früheren sozialen Errungenschaften der Werktätigen.
3. Aushebung der Unterfertigung auf alle Arbeitslosen und Kurzarbeiter und Erhöhung dieser Unterfertigungen bis zum Existenzminimum.
4. Befreiung der Arbeiter und Bauern von allen Steuerlasten und Übertragung der Steuerlast auf die bestehenden Klassen.
5. Befreiung der Teuerung, des Wuchers und Verspätungen von Lohnauszahlungen.
6. Befreiung der politischen Gefangenen, politische Freiheiten für die Arbeiter und Bauern; Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit.
7. Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationalitäten bis zu deren Loslösung vom Staate.
8. Einstellung des Ausverkaufs Polens an das Auslandskapital und der Vereingehung Polens in den Block gegen die Sowjetunion.
9. Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion.

Die kommunistische Parlamentsfraktion, die die Auflösung der Armee und der Polizei anstrebt, und an deren Stelle die Bewachung der Arbeiter und Bauern fordert, wird die Maßnahmen unternehmen, die auf die Verminderung des Heeres, auf die Einschränkung der militärischen Dienstzeit und auf die Verminderung der militärischen Bürde gerichtet sind, die ganz auf die Schultern des werktätigen Volkes fällt. Da die kommunistische Parlamentsfraktion es für nötig hält, den vereinigten Kräfte der Bourgeoisie die Einheitsfront der Werktätigen entgegenzustellen und einen gemeinsamen Kampf sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments einzuleiten, hat sie den Oppositionsparteien vorgeschlagen, eine Konferenz zur Erörterung der oben dargelegten Fragen nach dem Beginn der Debatten über die Programmrede des Finanzministers zu organisieren.

Der ADGB, das Neue Testament und die „Sollswacht“

Das ADGB hat eine bemerkenswerte Entwicklung durch den Tag. In den letzten Jahren hat es sich von einer reinen Arbeiterorganisation zu einer politischen Partei entwickelt. Die Kraft der Arbeiterbewegung ist in den letzten Jahren stark gewachsen, und die Arbeiter haben sich mehr und mehr organisiert. Das ADGB hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für ihre Rechte zu kämpfen.

das Neue Testament.

Das Neue Testament ist ein Buch, das die Lehren des Christentums enthält. Es ist ein Buch, das die Menschen lehren soll, wie sie leben sollen. Es ist ein Buch, das die Menschen zu besseren Menschen machen soll.

Das ADGB hat die Aufgabe, die Lehren des Christentums zu verbreiten und die Menschen zu besseren Menschen zu machen. Es hat die Aufgabe, die Menschen zu lehren, wie sie leben sollen, und sie zu besseren Menschen zu machen.

Das ADGB hat die Aufgabe, die Lehren des Christentums zu verbreiten und die Menschen zu besseren Menschen zu machen. Es hat die Aufgabe, die Menschen zu lehren, wie sie leben sollen, und sie zu besseren Menschen zu machen.

Das ADGB hat die Aufgabe, die Lehren des Christentums zu verbreiten und die Menschen zu besseren Menschen zu machen. Es hat die Aufgabe, die Menschen zu lehren, wie sie leben sollen, und sie zu besseren Menschen zu machen.

Das ADGB hat die Aufgabe, die Lehren des Christentums zu verbreiten und die Menschen zu besseren Menschen zu machen. Es hat die Aufgabe, die Menschen zu lehren, wie sie leben sollen, und sie zu besseren Menschen zu machen.

„Sie ist nicht die Standpunkt der Buchhandlung im allgemeinen an.“

Und das ist das Unerwartete an dem Stand!

Man muß diese ganze Sache schwarz auf weiß gelesen haben, um überhaupt zu sein, daß dieses nicht ein schlechter Witz, sondern eine gravierende Tatsache ist. Also, die freien Gewerkschaften, die von sozialistischen Vorläufern, unter ungeborenen Tötern gegründet und in jahrzehntelangen, jähren Kampf gegen christlich-katholische Heuchler und Ausbeuter verteidigt und ausgeharrt wurden, sind jetzt plötzlich so weit gekommen, daß sich ihre offizielle Zeitung in eine Front mit den Wölfen stellt.

Selbst die Arbeit als getreuer Arbeiter der Zeit des ADGB, seinen Gewerkschaftsdarstellungen der „Sollswacht“ geht die Sache dem doch über die Buchhandlung. Das hat uns noch nicht, und es ist nicht anders. Er findet, daß der ADGB sich dem Standpunkt der Buchhandlung anschließt, alles andere dem „Sollswacht“ und „Sollblatt“ u. a.

„Wenn wir die Arbeiterbewegung mit solchen „wissenschaftlichen“ Erzeugnissen vom Halse, die sie gar nicht verlangt, und in übermäßiger Menge, die sie auch nicht will, mit ihnen, daß der ADGB, seinen gewerkschaftlichen Gebieten seine Aufmerksamkeit zuwenden und nicht die Grenzen zwischen sollte, die ihm als einer freiergewerkschaftlichen Einrichtung gezogen sind.“

„Denn ist die Heberstimm: „Das hat uns noch gefehlt“ darauf schließen, daß auch dem Gewerkschaftsredaktion die Erkenntnis gekommen ist, so wie bisher geht es nicht weiter, diese Sibilisation hat das Maß zum Heberstimm gebracht. Wie alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsredaktionen hat er Angst vor der eigenen Courage, er wagt es nicht, aus dem standalösen Vortell die Konsequenzen zu ziehen, nämlich: Eine Zeitung der Gewerkschaften, die in dieser Weise der Beistandung der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ins Gesicht schlägt, ist ungerichtet und unzulässig zur Interferenzvertretung der deutschen Arbeiter. Würde nämlich die „Sollswacht“ in diesem Falle konsequent und ehrlich sein, so könnte sie die verlogene Seite gegenüber kommunistischen Helfern an der Zeitung des ADGB nicht fortsetzen. Die Zeitung des ADGB, verliert nicht nur, wenn es sich um die Reinigung von Literatur in den Gewerkschaften handelt, nein, sie verliert vor allen Dingen in Fragen, die weit schwerwiegender für die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sind. Auf die Stunden des ADGB, in früheren Jahren wollen wir nicht eingehen, wir brauchen uns nur daran zu erinnern, wie oft der ADGB im Jahre 1925 verlegt hat. Was hat er trotz aller Mahnungen der Kommunisten angeht, bis der drohenden Jollswacht, wie verlagte er täglich überall dort, wo es geht, die einzelnen Wirtschaftskreise zusammenzusetzen, wie völlig unzureichend sind seine Maßnahmen anlässlich der von Tag zu Tag steigenden Erwerbslosigkeit?

Die sozialdemokratischen Arbeiter, denen die „Sollswacht“, „Sollblatt“, „Sollblatt“ und die anderen SP-Blätter täglich vorliegen, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zerstören wollen, werden begreifen, daß eine Zeitung — die durch ihre Sibilisation auch dem ausgebeuteten Arbeiter gezeigt hat, daß sie von der Ideologie der Klassenbesessenen Arbeiterbewegung weit entfernt ist — unzulässig ist, den Willen von Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in die Tat umzusetzen.

Die Zeitung des ADGB geht nicht mit den deutschen Arbeitern, sondern sie geht neben ihnen her. Eine solche Zeitung zu tun, ist ein Verbrechen, und sie durch Arbeiter zu erziehen, die Träger des Klassenkampfes der Proletarier sind, das muß die Aufgabe aller Klassenbewußten, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sein.

Schlesische Rundschau

Dirschberg zahlungsunfähig

In den Städten, die über Jubiläumsschuldenlast erhitzen, ist nun als erste größere Stadt Schlesien Dirschberg in Anspruch genommen. In einem Schreiben teilt der Magistrat dem unter anderem folgendes mit:

„Infolge der erheblichen Verschlechterung der Wirtschaft sind gegen 100000 Mark an Steuern rückständig, wovon 70000 Mark geltend sind.“

Einem vorübergehenden Kreditmittelkredit kann die Stadt nicht mehr aufnehmen, da der Kredit der Stadt für Dirschberg voll in Anspruch genommen worden ist.

Es kann daher nur ein Bruchteil der 100000 Mark Steuern rückständig, wohl wissen wir, daß in der gegenwärtigen Situation es manchmal kleinen Geschäftsmännern unmöglich ist, die Steuern aufzubringen. Aber ebenso schwer und allen bekannt ist, daß gerade von solchen ärmeren Geschäftsmännern, Fabrikanten usw. die gegenwärtige Lage ausgeht, nicht wird, um Steuern zu zahlen, la sogar ganzen oder teilweise Erlös der Steuern zu erlangen. Wohl ist die Manöverführung, wie das Beispiel Dirschberg, die Städte können nicht nur ihren sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommen, sondern der schon unter den schlimmsten Bedingungen lebenden städtischen Arbeitern und Beamten können damit die von der Stadt nicht einmal ausbezahlt werden.

Mögen solche „Wirtschaftskrisen“ nicht einschleichen, es gilt Schritte zu tun.

Chlau, Arbeitslosenbildung. Infolge längerer Arbeitslosigkeit war der 21-jährige Maurer Abend in Jutter, Kreis Chlau, schwer erkrankt geworden. Er erkrankte sich und kehrte nicht mehr zurück. In einem Wald auf Klosterberg-Gelände wurde er erschossen aufgefunden.

Sadowitz, Tod eines Gefangenen. Bei den Metallregulierungsarbeiten wird zurzeit auch ein größerer Trupp Anstalten des Arbeitsamtes in Sadowitz beschäftigt. Einer dieser Leute, der erst vor wenigen Tagen hierher kommandiert war, brach am Mittwochmittag auf dem Heimweg von der Arbeitsstelle zusammen und verschied in den Armen der Kollegen. Ueberanstrengung, bei der idem Arbeit hatte einen Herzschlag verursacht. Es gibt eine Bestimmung, nach der Gefangenen körperlich anstrengende Arbeit zugeteilt werden soll. Was das hier der Fall? Wir glauben nicht!

Landeshut, Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Arbeitslosigkeit hat im Kreis Landeshut einen außerordentlichen Umfang angenommen. Während der Hochzeit im vergangenen Winter 350 Arbeitslose war, hat der Kreis jetzt 1025 Erwerbslose. Die nächsten Wochen sollen einen Stand von 1500 bis 1800 erwarten. Hauptächlich ist die Textilindustrie betroffen. Die Stadtdirektion der Firma Wehner u. Frahn in Sadowitz ist klaglos. Die Spinnerinnen sind aus Mangel an Arbeit sehr schwach beschäftigt. Die Spinnerei in Landeshut ist stillgelegt worden. Und neue Hillegungen stehen vor der Tür.

Schl. Sonderbarer Unfall. Auf der Grube Wons bei Görlitz ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein Fuhrwerk aus Rossen am nach Kohlen gefahren und benutzte den Verbindungsweg von der Seidenberger Chaussee nach der Grube. Gerade als das Fuhrwerk sich unter der Starstromleitung des Orksches befand, trat die Leitung. Beide Pferde wurden von ihr getroffen und sofort getötet. Auch der Kutscher Vöbel wurde getroffen und verletzt.

Saibau, Kreis Zagan, Schlägerei mit Todeserfolg. Im Gasthof „Zur Krone“ kam es zu einer Schlägerei. Der aus Rauen jagereite Weber Wölter fuhr hierher bei dem Fabrikarbeiter Wölter seinen Witzfangen in die Bruch. Der Verletzte konnte sich noch bis ins Gastzimmer schleppen, brach hier zusammen und starb infolge Verblutung.

Am 1. Jan. 1926 auf den Eisenbahnen auf dem letzten Personenzug nach der Hauptstadt Breslau. Die Eisenbahnen sind nun für den Winter mit einem erheblichen Mangel an Kohlen und Öl versehen.

„Schneewittchen“ haben ohne Geld, zum Jahresbeginn wurde 75 Franken des Kassenangelegten überreicht, wobei die Summe zum 1. April 1926 angesetzt werden. — Weiter wird jetzt bekannt, daß der Eisenbahn-Chef, Herr Dr. Engel, an den Eisenbahnen vollständig klaglos ist.

Aus aller Welt

Lebensopfer des Hochwassers. Nach einer Meldung aus Basel hat das Hochwasser der Saane, Saone und Schwarze drei Todesopfer gefordert. In Basel erkrankte der 14-jährige Gledricher Paris, in Unterwalden der 14-jährige Rudi Feige und in der Schwarzsee ein unbekannter junger Mann den Tod.

Der Bergleutnant im Schillingstahl. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ hat ein Schilling nach der erfolgten Verhaftung bereits durch seinen Rechtsanwalt die Klage zurückziehen lassen. Der Lebensopfer des Hochwassers, im Klosterabend standete bei Neukirchen im Sturm ein Motorboot. Einmalige Insassen, Fischer aus Großhagen, ertranken.

Eine neue Methode des Holzschneidens. Nach vielen „Bemühungen“ ist es der französische Filmgesellschaft Pathé gelungen, den früheren Kaiser in Paris zu veranlassen, sich während des Verlaufs eines Tages filmen zu lassen. Aus London wird gemeldet, daß die erwähnte französische Gesellschaft den Film zu Schiffe der englischen Presse vorgeführt hat und ihn auch weiter verbreitet. — Ist das Großwahrnehmen oder Geschäftsschicklichkeit des gekrönten Narren?

Schweres Eisenbahnunglück. Wie aus Paris gemeldet wird, sind auf einer Station der Pariser Ringbahn zwei Lokomotiven zusammengestoßen, auf die dann ein Personenzug auffuhr. 10 Reisende wurden verletzt.

100 Personen ertranken. Aus Pulkavitz wird gemeldet, daß dem Hochwasser etwa 100 Personen zum Opfer gefallen sind. In einem Bezirk wurde eine große Flächenfabrik durch eindringende Wassermassen zerstört. Dabei ertranken 18 Arbeiter. An einer anderen Stelle wurde eine eiserne Brücke fortgerissen, auf der sich neun Soldaten befanden, von denen keiner gerettet worden konnte.

Trübenerstein. Eine in Paladena für ein Turnier provisorisch aufgestaute Trübenerstein schätzte ein und begrub die Zuschauer unter den Trümmern. Hundert Personen wurden verletzt.

Schweres Automobilunfall in Indien. Aus Kalka wird gemeldet: Als die Kraftwagen des Maharadschas von Patalas von einer Ausfahrt zurückkehrten, wurde ein Kraftwagen von einem Eisenbahnzug erfasst. Von den darin fahrenden Frauen wurden sechs sofort getötet; zwei andere starben im Krankenhaus, während zwei Frauen schwer verletzt sind.

Arbeiterwoel

Breslau, E. C. Eichenlaub 1910. Die Übungsstunden finden mit im alten Jahre jeden Mittwoch von 10-12 Uhr in der Turnhalle der Reichshausgasse statt (Mädchenturnhalle, 1. Stock). Mittwoch, den 6. Januar 1926 nach der Übungsstunde Vorstandssitzung bei Sportkollegen Frih Ruffsch, Am Mädchen 24 (Restaurant). Sonntag, den 10. Januar 1926, vormittags 10-12 Uhr findet im selben Lokal, Am Mädchen 24, die Jahresgeneralversammlung statt. Übungsstunde in der Turnhalle fällt aus. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.

Obiger Verein hatte am 25. Dezember einen Freundschaftskampf im Ringen in sieben Gewichtsklassen gegen die erste Mannschaft des Arbeiter-Athletenvereins, Breslau, ausgetragen. Nach interessanten, harten Kämpfen gelang es dem Bezirksmeister, welcher mit neuen Kräften anlief, mit 8:6 Punkten zu siegen. Gleichzeitig mußte sich im Gewichtshoben in sieben Klassen der B. T. C. Hercules, Breslau trotz körperlich schwerer Mannschaft der Eisenbahnmannschaft beugen. In den einzelnen Klassen wurden gute Resultate erzielt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau, für die Illustration: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Stephan 37 460

Sonntag und täglich 8 Uhr:
in neuer Vorbereitung
Die Dollarprinzessin
Donnerstag 8 Uhr
Aldred Walter Jankuhn
Der Orlow
Freitag 8 Uhr
Aldred Walter Jankuhn
Wiener Blut
Sonnabend 8 Uhr
Gastspiel Elli Lex —
Aldred Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Zum ersten Male
Die Teresina

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 4. bis 8. Januar
Montag abends 7 Uhr
Die letzten Reiter von Madoc
Dienstag abends 7 1/2 Uhr
Das verjüngte Lothar
Branzige
Gastspiel Kommandant Richard Mayr
aus der Stadtoper Wien
Mittwoch abends 7 Uhr
Die Rosenkavalier
abends 7 Uhr
unterstützt

Liebig-Theater
Tel. Stephan 34646
Januar 1926
Täglich 8 Uhr
Das
sensationelle
Januarprogramm

Eintrittspreise
von 1 Mark an

Jeden Sonntag
und Feiertag
3 1/2 Uhr
Familien-
Nachmittags-
Vorstellung

Das volle Programm
zu halben Preisen

Lobetheater		Challatheater	
„Schneewittchen und die sieben Zwerge“	Donnerstag, 31.12., 3 1/2 Uhr	Lustiger hunder Abend mit Ludwig Stöfel	
„Lustiger Paradien-Abend“	8 Uhr		
„Schneewittchen und die sieben Zwerge“	Freitag, 1.1.26, 3 1/2 Uhr	Lustiger hunder Abend mit Ludwig Stöfel	
„Lustiger Paradien-Abend“	8 Uhr		
„Schneewittchen und die sieben Zwerge“	Sonnabend, 2.1., 3 1/2 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	
„Hans Sonnenstößers Höllejahr“	8 Uhr		
„Schneewittchen und die sieben Zwerge“	Sonntag, 3.1., 3 1/2 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	
„Hans Sonnenstößers Höllejahr“	8 Uhr		
„Hans Sonnenstößers Höllejahr“	Montag, 4.1., 8 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	
„Hans Sonnenstößers Höllejahr“	Dienstag, 5.1., 8 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	
„Schneewittchen und die sieben Zwerge“	Mittwoch, 6.1., 3 1/2 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	
„Hans Sonnenstößers Höllejahr“	8 Uhr		
„Hans Höllestößers Höllejahr“	Donnerstag, 7.1., 8 Uhr	Gastspiel Ludwig Stöfel „Champagner“	

Aktion Gjanoffa(in)

berücksichtigt beim Einkauf
nicht die Infanterien
welche in dem „Organ der werktätigen Bevölkerung“
infanterien!

Beilage

Das Elend der Heimarbeiterinnen

Der Winter kam mit kaltem Frost. Der Winter kam mit kaltem Frost. Die Reichen schliefen und vergnügten. Den Armen fehlt das tägliche Brot.

Der Winter kam mit kaltem Frost. Der Winter kam mit kaltem Frost. Die Reichen schliefen und vergnügten. Den Armen fehlt das tägliche Brot.

Der Winter kam mit kaltem Frost. Der Winter kam mit kaltem Frost. Die Reichen schliefen und vergnügten. Den Armen fehlt das tägliche Brot.

Das Elend der Heimarbeiterinnen. In Breslau verlohnen die Heimarbeiterinnen nicht über 10 Mark wöchentlich.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sorgen dafür, daß viele Arbeiterfrauen gezwungen sind, heimzuarbeiten. Das der Mann verdient, reicht nicht aus, um die Haushaltskosten bestreiten zu können.

In Breslau gibt es eine ganze Anzahl von Mädchen und Frauen aus dem gebildeten Mittelstand, die sogenannten „verschämten Armen“.

Bei der heutigen schlechten Entlohnung der Arbeitskraft ergibt es sich schon aus der Tendenz des kapitalistischen Systems, die weibliche Arbeitskraft noch schlechter zu bezahlen.

Ein sehr großer Teil der Heimarbeiterinnen arbeitet in der Konfektion. Die Frauen holen sich vom Zuschneidemeister, vielfach auch aus erster Hand, die Arbeit ins Haus und legen hier an der Nähmaschine 14 bis 16 Stunden täglich.

Dann kommen von diesem niedrigen Verdienst die nicht vorgezogenen, aber üblichen Abzüge. Es versteht sich, daß die Arbeit nie zur Zufriedenheit des Unternehmers ausfällt.

zweifelhaft greift so mancher Prolet zum Schnapsglas. Also ist der Alkoholgebrauch eine Folge der bestehenden Zustände.

Die neue Grobmacht

Während der deutsche Kinomarkt bis heute nur mit bürgerlichen Filmen überflutet wird, die lediglich der kleinbürgerlichen Ideologie der breiten Massen Rechnung tragen, hat sich die kämpfende Arbeiterklasse bisher nur in ganz ungenügender Weise dieser hervorragenden Waffe der Massenbewegung bemächtigt.

Die neue Grobmacht ist nicht, wie es im Film heißt, der Sport, sondern es ist das internationale Proletariat, das auch die Welt des Sportes erobert hat.

Es ist bleibender Eindruck, wenn die Arbeiterportler der verschiedenen Länder zu Tausenden unter roten Fahnen in das Stadion einziehen, und bei dem gewaltigen Massenaustritt fällt einem unwillkürlich die Worte Stalins auf dem letzten russischen Parteitag ein.

Der Besuch des Films war außerordentlich gut. Ein Beweis dafür, wie außerordentlich groß der Drang der Arbeiter nach proletarischen Filmen ist.

Schlesische Meisterkurse zu Breslau, die eine geeignete Vorbereitungsmöglichkeit für die Meisterprüfung darstellen, finden für die einzelnen Berufsstände wie folgt statt:

Table with 2 columns: Beruf (Damen Schneiderinnen, Elektroinstallateure, Gas- und Wasserinstallateure, Herren Schneider, Klempner, Maler, Schlosser, Schuhmacher, Tischler) and Termine (vom 1. 2. bis 27. 2. 26, vom 1. 2. bis 13. 3. 26, vom 1. 2. bis 27. 2. 26, vom 4. 1. bis 30. 1. 26, vom 4. 1. bis 30. 1. 26, vom 4. 1. bis 30. 1. 26, vom 4. 1. bis 30. 1. 26, vom 1. 3. bis 27. 3. 26, vom 1. 2. bis 27. 2. 26)

Das Unterrichtsgeld beträgt 12,50 Mark für die Woche. Die Anmeldungen müssen spätestens 14 Tage vor Beginn des betreffenden Kurses an die Kursleitung eingereicht sein.

Zwei Zentner Mehl hat der Kaufmann Marx, Silesienstraße, für die erwerbslosen Mitglieder der Kommunistischen Partei gespendet.

In Breslau verlohnen die Heimarbeiterinnen nicht über 10 Mark wöchentlich.

Bei täglich 6 bis 7 Stunden Arbeit erhalten sie am Wochenlohn 4 bis 4,50 Mark wöchentlich. Ein kleiner Teil dieser Heimarbeiterinnen, die an eine größere Anzahl von Frauen Beschäftigten verleiht, bezug der höchsten wöchentlichen Wochenlohn 7 bis 8 Mark.

Nun gibt es ja bekanntlich ein Heimarbeiterinnenlohn. Dieses Gesetz gibt den Fachauschüssen, die nach dem Gesetz vom Jahre 1912 gebildet werden sollen, die zum vorangehenden Jahre aber ein Schlichtungsgesetz geführt haben, das Recht, Mindestentgelte festzusetzen.

Diese Fachauschüsse, wo das Übergewicht auf Seiten der Unternehmer liegt, sind natürlich nicht geeignet, das Elend der Heimarbeiterinnen zu verbessern.

Die Mehrzahl der Heimarbeiterinnen ist gewerkschaftlich unorganisiert. Infolge des Überangebotes an Arbeitskräften wagt eine Heimarbeiterin nur selten, aufzumachen.

Theater und Kino

Am 31. Dezember wurde die „Fledermaus“ mit Silvester einlagen im 2. Akt gegeben. Die alte Operette, die bei allen Hochzeiten im Vergleich zu den modernen Operetten a la Delow noch original in 2 Akt genannt werden muß, fand stürmischen Beifall.

Am 1. Januar wurde im vollkommener Neueinführung die „Königskavalier“ von Strauß gespielt. Auch diese Oper behandelte eine bürgerliche, belanglose Angelegenheit.

Der den vollkommenen Vankersitz bürgerlicher Literatur sich wieder einmal vor Augen führen will, siehe sich die drei waghalsigen Akte im Thalia-Theater an, die sich „Champagne“ nennen.

Das Wunder der Wölfe, eine Legende aus der Zeit Ludwigs des Ersten, technisch und darstellerisch gut aufgemacht, inhaltlich schwach und historisch unmöglich.

Der Liebestöckchen, ein sehr mittelmächtiger Film. Er gibt ein typisches Beispiel von der Hohlheit bei Bourgeoisentum.

Kommunistischer Jugend-Verband

Die Gewerkschaftskonferenzen in Breslau und Hirschberg finden nicht am 6., sondern am 10. Januar statt. Solche werden noch bekanntgegeben.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau: Gesamte RFB. Die für Donnerstag angelegte Gesangsbande in Oberbayern fällt aus. Rote Jungfront. Donnerstag 7,30 Uhr bei Feilner, Siebenhufener Straße 68, Funktionärsführung. Ortsleitung, Abteilungsleiter, Gruppenführer haben zu erscheinen. Jungfrauen, Gruppe Oß, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Feilner, Kameradschaftsabend. Roter Jungkamm. Westf. Dienstag, 8 Uhr, bei Wind, Markmannstraße. Gäste willkommen. Gruppe Nordost. Donnerstag 6 Uhr, abends, Antritt des Kameradschafts. Marschzug, nach Oberbayern. Spielplatz erscheinen.

Sonstige Organisationen

- Breslau: Gewerkscher „Cos“. Mittwoch, 7,30 Uhr, gemischter Chor. Rote Hilfe, Dienstag, 7,30 Uhr, Sitzung der Ortsleitung. Rote Hilfe. Mittwoch, 7,30 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.

Unser neuer Mitarbeiter, der noch erzogen werden muß

Breslau, 4. Januar.

Herrn Srowig, Klettendorf. Ihren Bericht über die Erwerbslosenversammlung im Landkreis Breslau haben wir am 31. v. Mts. erhalten. Wir waren leider nicht in der Lage, von Ihrem Bericht Gebrauch zu machen, da er die Vorgänge in seiner Versammlung nicht objektiv, sondern vom Standpunkt der SPD. aus behandelte.

Wir übersenden Ihnen anbei unseren eigenen Bericht über die Erwerbslosenversammlung im Landkreis, der ein zutreffenderes Bild über die gepflogenen Diskussionen gibt.

Zum Schluß möchten wir nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß wir auch Berichte von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei gern entgegennehmen, vor allen Dingen dann, wenn diese Mitglieder Funktionäre in einer Gewerkschaft, Genossenschaft, in einem Arbeiterportverein usw. sind.

Vorstehenden Brief sandten wir an Herrn Srowig in Klettendorf. Wir hoffen, daß dieses Schreiben seine Wirkung nicht verfehlen und Herr Srowig einst noch ein braver Mitarbeiter unserer Zeitung wird.

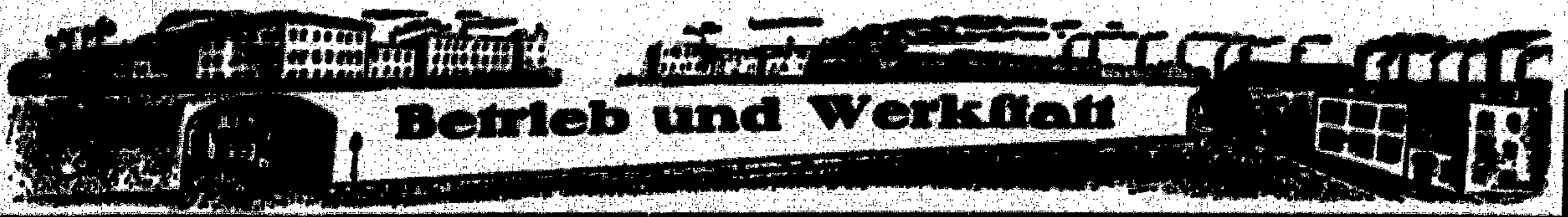
Meidet den Alkohol!

Wir erhalten nachstehende Zuschrift: Ihre Neujahrsglückwünsche „Wie wird das neue Jahr“, haben gewiß manchem Proleten, wie mir, Spaß gemacht.

Ich bin nicht Alkoholgegner, aber ich weiß, daß das Proletariat nur dann siegen wird, wenn es genug Idealismus besitzt mit dem Kampf dort einzuflehen, wo der Erfolg von vornherein sicher ist.

Ich ging heute um 3,30 Uhr morgens zum Dienst, was ich jahrelang jeder Beschäftigung. Ich wünschte, was viele Nacht in Alkohol umgewandelt wurde, wäre denen zugute gekommen, deren Familien infolge Arbeitslosigkeit hungern müssen.

Kein Kommunist wird die Schädlichkeit des Alkohols abstreiten wollen. Doch darf man ihm keine anspruchsvolle Rolle im Klassenkampf zuschreiben, wie es der Einflander tut.



Betrieb und Werkstatt

Das verfloffene Jahr 1925

Die Metallarbeiter

(Von einem Waldburger Betriebsrat.)

Wenn man in dem Industriestaat Deutschland die wirtschaftliche Lage betrachtet und weiß, welche Bedeutung gerade der Metallindustrie zukommt, so läßt sich an Hand der Zahlen der arbeitslosen Metallarbeiter der Niedergang der deutschen Metallindustrie erkennen. Im Vergleich liegt der Dammplan wie ein dunkler Schatten auf der Metallindustrie. Wenn man im Herbst die Ausflüßer, eine gewisse Konjunktur feststellen könnte, so war dies nichts als Schein, um so schwerer folgte der Zusammenbruch. Der deutsche Unternehmer ist der Konkurrenz im Auslande nicht mehr gewachsen, er hat es abgesehen, welche Betriebe zu modernisieren. Trotz längerer Arbeitszeit und drei- bis vierfach höheren Löhnen in Amerika werden die Produkte unserer Industrie von der amerikanischen gewaltig unterboten. Als Beweis möge folgendes dienen: Die Firma Remma (Breslau) baut neuerdings Traktoren zum Preise von 13000 Mark das Stück. Ford in Amerika liefert denselben Traktor, wenn auch ein PS. Schwächer, aber immerhin für 3800 Mark. Dies kennzeichnet deutlich genug den Unterschied.

Der deutsche Unternehmer glaubt nun, um zu seinem Profit zu kommen, an den Löhnen sparen und die Arbeitszeit verlängern zu müssen. Er möchte die Betriebe, um Steuern gesünder zu erhalten, Kredite vom Staat zu bekommen, aber auch, um die Arbeitslosigkeit künstlich zu steigern, um durch den Druck der Reservearmee die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte im verfloffenen Jahre recht harte Kämpfe zu führen, um die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Es ist ihm zum Teil gelungen, an vielen Punkten sind leider Verschlechterungen eingetreten. Die Kämpfe in der Carlshütte (Waldburg) im Mai haben zum Abbruch der Arbeit geführt. Angeregt durch diesen Erfolg haben die übrigen Unternehmer dasselbe verlangt, was sie ebenfalls zum Teil erreichten, und zwar leider auch mit Hilfe des DMR.

Es ist der Leitung des DMR der Vorwurf zu machen, den Metallindustriellen entgegengekommen zu sein. Aber es muß auch gesagt werden, daß leider auch ein Teil unserer Kollegen schuld daran waren, denn nachdem die Arbeitstage herabgesetzt waren, haben sie innerhalb kurzer Zeit die Leistung so gesteigert, daß sie wieder den früheren Lohn erreichten. Ein Erfolg war der Kampf der Breslauer Kollegen im Sommer dieses Jahres.

Im ganzen Jahre fanden in circa 240 Betrieben des Bezirks Schlefien circa 22000 Metallarbeiter im Kampf, davon waren rund eintausend Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Die Löhne in Schlefien sind hinter denen im Reich erheblich zurückgeblieben. Sind die Löhne in Schlefien selbst sehr unterschiedlich, so sind die Löhne der Kollegen, neben dem in Oberschlefien, im niederschleifischen Bergbau die niedrigsten, ja, man kann sie als einen Skandal in der Metallarbeiterbewegung bezeichnen. Sie betragen:

Spitzenlohn eines Handwerkers 44 Pfg. die Stunde (bei zehn stündiger Arbeitszeit) über Tage, 3,98 Mark pro Schicht unter Tage!

Neben dem führenden Verband der Bergarbeiter wurdelt eben der DMR weiter mit der häßlichen Sorge um die „deutsche Wirtschaft“. Gemeindefällig gehen die Verbandsführer einem Kampf aus dem Wege. Schlecht ist noch das Organisationsverhältnis in Oberschlefien. Im allgemeinen ist aber überall ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Augenblicklich werden größere Kämpfe beinhalten durch die große Zahl der arbeitslosen Kollegen. Sind doch bis jetzt schon circa sieben Prozent der Mitglieder arbeitslos. Ab 1. Januar tritt mit der Beitragserhöhung ein, die eigentlich längst vorher hätte erfolgen müssen. Es läßt sich noch nicht übersehen, wie sich die Krise auf politischem Gebiet auswirken wird. Es geht mit Riesenschritten der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit entgegen. Sorgen wir dafür, daß wir uns vorbereiten, schaffen wir die Voraussetzungen für einen endgültigen Sieg. Die Kollegen haben dies bei den jetzt kommenden Wahlen zur Ortsverwaltung und zum Verbandstag zu berücksichtigen.

Die Textilarbeiter

(Von unserem Landesrat Betriebsberichterhalter.)

Das Jahr 1925, welches unter den Nachwirkungen der Inflationsjahre und den Folgen der Ermäßigungsgehele lange Arbeitszeit und niedrige Löhne vorfand, hat in seinem Verlauf eine weitere schlimme Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter mit sich gebracht. Wohl wurden die Löhne der Textilarbeiter zweimal um 3 und 5 Pfg. die Stunde an der Spitze aufgehöhrt; eine Erhöhung des Lebensstandards konnte jedoch nicht eintreten, da die Belastungen durch neue Steuern, Zölle und Mietserhöhungen weit größere waren. Zudem konnten sich die Erhöhungen bei den Arbeitnehmern nicht auswirken, da die Unternehmer sich weigern, den erhöhten Multiplikator anzuwenden. Auf diese Weise ist in vielen Betrieben

fast Lohn-Kaufkraft - Abbau

eingetreten, wie die Abzüge bei Weiskner und anderen Betrieben beweisen.

Innert dem Vorgehen der Unternehmer durch zusammengefaßten Kampf der Organisationen entgegenzutreten, nahmen die Verbandsführer eine Verschärfung der Unternehmer um die andere hin. Ja, sie rühnten noch die „Erfolge“, die durch das ruhige Eintreten der Organisation (gemeint sind dabei die Vorkämpfer zu Behörden und Schlichtern) erreicht worden sein sollen. Das Spiel der Unverschämtheit erliegen die Unternehmer, als sie vor Monaten die jahrelang geübte Praxis, die Arbeitsrechnungen für Steuern und Steuern in gemeinsamen Sitzungen vorzunehmen, durch Aufhängenlassen der Bilanz ausgaben. Aus diesem Grunde kann heute von einem Fortschritt der nur noch auf dem Papier stehenden Tarif keine Rede mehr sein.

Der Geschäftsgang, welcher bis in den September hinein in fast allen Betrieben als ein guter zu bezeichnen war, wurden durch Doppeltakt und über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit verlangsamt. Entlassungen, Verzögerung der Arbeitszeit und Verschlechterungen sind an der Tagesordnung. Die Firma Schleife Vertriebs, Weiskner u. Frauke beschäftigt in ihren Betrieben Oberkammerdorf bei gleichzeitiger Befreiung der Arbeitszeit auf 24 Stunden 400, in der Abteilung Copner 200, in Christiantadt und Ralobitzburg je 200 Entlassungen vorzunehmen. Die Betriebe in Schönbach sollen ganz stillgelegt werden. Die Firma Künzel

hat ihre Abteilung Spinnerei zum Januar gekündigt. In Betracht kommen circa 600 Personen. Die rigoros bei den Kündigungen vorgegangen wird, zeigen die Fälle unter Direktor H. K. bei Weiskner.

Ganze Familien werden brotlos gemacht, Proleten der Schwangeren werden höhnend abgetan.

Trotzdem bei der „Loslösen“ Firma Hamburger 40 Entlassungen vorgenommen wurden, läßt man es zu, daß wirtschaftlich nicht so schlecht gestellte Personen auf 3 Stühlen arbeiten.

Wie die Felle der Organisationen vorgenommenen. Organisationen aussehen, und was die Arbeitskraft von den sie schützenden Faktoren zu erwarten hat, zeigte am besten eine Verhandlung bei Weiskner, wo Gewerbetreibender Fischer ohne Widerspruch der Organisationsvertreter Stimmung für Durchbrechung der tariflichen Bestimmungen bezüglich Preisgabe der Entschädigung für Warten auf Stellen und Fertigungswahrung machen konnte.

Soll das neue Jahr in der unerträglich Lage von heute nicht noch neue Verschlechterungen bringen, all es in geeinter Front unter Führung der Kommunisten zu kämpfen.

Zur Krise im Schneidergewerbe

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Es sind gerade die Christlichen Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern erzählen wollen, die große Arbeitslosigkeit im Schneidergewerbe ist nur eine vorübergehende Erscheinung und vertrieben die Kollegen auf die Frühjahrsferien.

Kollegen und Kolleginnen, laßt euch keinen Sand in die Augen streuen. Unsere Krise hängt mit der gesamten Wirtschaftskrise zusammen. Der Absatz ist ins Stöden geraten. In Deutschland hat das seinen Grund mit in der schlechten Kaufkraft des gesamten arbeitenden Volkes, einschließlich der kleinen Beamten und Angestellten. Ebenso leiden die 2 Millionen Arbeitslose als Käufer vollständig aus, trotzdem gerade diese Arbeitslosen fast in Lumpen eingehüllt sind und Nützige usw. an aller notwendigen brauchen.

Abgegeben war vor allen Dingen Wollen, aber auch dort ist die Arbeitslosigkeit riesengroß; die Löhne sinken dort immer tiefer, und die Kaufkraft des polnischen Volkes sinkt damit.

Amerika und die Weltstaaten haben sich im Krieg vollständig selbständig gemacht und benötigen die deutsche Konfektion fast gar nicht, außer einigen Modelllieferungen.

Was nun? Gibt es einen Ausweg aus dieser Krise? Ja behauptet, in der kapitalistischen Weltwirtschaft gibt es keinen Ausweg. Vor allen Dingen müßten die Arbeitslöhne bedeutend erhöht werden, um die Kaufkraft zu heben. Ebenso muß die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum herabgedrückt

werden; der Rest der gebliebenen Arbeitslosen müßte eine ausreichende Unterstützung erhalten, um auch an den Auswärtigen teilnehmen zu können.

Die Aussicht auf eine Arbeitslosigkeit schwindet immer mehr. Der übrige Teil der Zwischmeister, welcher noch Arbeit haben, arbeiten fast sämtlich unter Last, ebenso legen die Firmen die Lohnforderungen tiefer, so daß jetzt Serie 1 als Serie 2 oder gar 3 bezahlt wird, trotzdem dieselbe Arbeit von den Firmen verlangt wird.

Im Deutschen Reich sind diese Voraussetzungen zur Befreiung der Leute zur Unmöglichkeit geworden. Im Gegenteil, noch größere Massen werden dem Hungertode preisgegeben. Betriebe werden geschlossen, Beauftragte weiter abgebaut, die Löhne werden immer weiter heruntergedrückt und unerbittlich geht das deutsche Proletariat zu Grunde, wenn es nicht den Kampf geschlossen aufnimmt. Kollegen und Kolleginnen, schafft starke Gewerkschafts-Organisationen, vor allen Dingen meldet die Christlichen Gewerkschaften, welche mit den Unternehmern eine Arbeitsgemeinschaft bilden, auf Kosten eurer Knochen.

Wie Betriebsräte nicht sein sollen

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Wie Betriebsräte nicht sein sollen, zeigt die Tätigkeit der beiden Sozialdemokraten Otto Glucke und Max Teschner in obiger Tongrube. Im erstem als Betriebsrat und Antinennrat kam vor Kurzem der Schichtmeister und sagte zu ihm, er möchte seinen Kollegen (durch deren Vertrauen er Betriebsrat wurde) mitteilen, daß jubelnd gezahlte Steuern vom Jahre 1924 zurückgezahlt werden und was von den Kollegen darauf reflektiert, möchte im Kantor eine diesbezügliche Liste unterschreiben. Vierter Termin zur Anmeldung ist der 31. Dezember 1925. Erst in den letzten Tagen fragte der Schichtmeister, warum niemand die Liste unterschrieben habe. Dadurch kam die Sache raus, nachdem es zu spät war. Das Verhalten des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden zeigt von wenig Interesse für die Vorteile der Kollegen. Den Kollegen gingen Summen bis zu 15 M. verloren. Zudem machte aber der Betriebsrat den Vorschlag, die Belegschaft könne fünf Tage arbeiten, wenn die Arbeiter den Lohn von zwei Tagen wöchentlich dem Unternehmer bis April „borgen“, d. h. künden. Dann wäre vielleicht den ganzen Winter Arbeit. Die Belegschaft wies dies zurück und fragte, was darauf kam derselbe Vorschlag von Seiten des Unternehmers, der wiederum abgelehnt wurde. Deshalb wurde nur drei Tage gearbeitet und im neuen Jahre soll bald ganz Schluss sein. Außerdem, die Arbeiter wollen für 23 Pfg. die Stunde arbeiten, dann soll's weiter gehen. Sind mal Ueberstunden zu machen, dann tun dies immer nur Glucke und Teschner Kollegen! Bald ist wieder Betriebsratswahl. Gebt ihnen dann die Antwort!

Glogau, Bericht „Nochmals, Wie ausgebeutet wird“ enthält viel Persönliches, was die Allgemeinheit nicht interessiert. Wird nicht veröffentlicht.

Breslau, „Ein feiner Zwischmeister“ ist zu persönlich-geheißig. Wird nicht veröffentlicht.

Industrieprolet, der Landarbeiter ist dein Bruder

Von unserem Landesrat Betriebsberichterhalter erhalten wir nachstehenden Bericht, der so recht die Müllerei und Brutalität der Krantunter zeigt. Die Industrieproleten müssen sich mehr als bisher um die Lage der Landarbeiter und Kleinbauern kümmern und sie in ihrem schweren Kampf unterstützen.

Der Landarbeiter Hermann Schiller, 65 Jahre alt, arbeitet jedes Jahr beim Gutsbesitzer Hilgner in Lützen. Als nun der Guttmann denselben Betrieb infolge Ueberanstrengung frant wurde, sollte die 65 jährige Frau des Schiller (die schwachlich ist) die Arbeit des kranken Guttmannes übernehmen. Sie arbeitete auch einen halben Tag, dann war es ihr zu schwer und sie legte diese Arbeit nieder. Daraufhin wurde sie von dem Gutsbesitzer, Vorstand des Stahlheims, an: „Was Sie zu faul sind, und die Arbeit nicht machen können, so können Sie gehen. Und ein Schmeiß bekommen Sie dieses Jahr auch nicht.“ Er hat dem Arbeiter am 1. Dezember gekündigt. In bemerken wäre noch, daß hier laut Kontrakt dem Arbeiter durch Abzug des Deputats ein Zwei-Zentner-Schweine gestiftet werden muß. Auch dieses wollte der Stahlhelmer dem Arbeiter entziehen. Nur dem Eingriff des Kreisleiters des DMR ist es gelungen, dies zu verhindern. Doch auch dieser mußte es sich sagen lassen: „Ich mache mit meinen Centen

Erfolge der Buchkontrolle

Der von Deutschen Bergarbeiterverband angeordnete Buchkontrolle in den Gruppen des Reichswälder Reviers hat folgende interessante Ergebnisse gezeigt:

Gruppe	Belegschaft	organ.	unorgan.	Prozentlosh
Waldschicht	111	83	31	72,1
Marxgrube (Str. 5.)	90	66	24	73,3
Altenberg-Rohrberg	102	88	14	86,2
Ritzgrube	200	95	105	47,5
Heinrichsgrube	294	254	40	86,3
Herzog Ernst	218	190	28	87,1
Heinrich	300	183	117	61
Leinhardt	183	143	41	77,5
Schicht	80	77	3	96,2
Flamm	1150	809	341	70,3
Grube	220	242	78	75,6
Stübergrube	90	73	17	81,6
Heinrich	220	87	133	39,5
Grube 155 Kohle	152	122	30	80,8
	2510	2518	992	71,7

Der Bezirksrat des Bergarbeiterverbandes teilt jener mit, daß die folgende Belegschaft in den Zeiten von Reichswälder Gruppen im Monat September 25, im Monat Oktober 267 Aufnahmen ergeben hat, infolgedessen beträgt das dritte Quartal mit einem Monat Zuwachs von 60 Mitgliedern ab. Die Aufstellung und das Ergebnis der Buchkontrolle zeigt, daß bei einer intensiven Arbeit die Parteimitglieder 100prozentige Organisation der Arbeiter in den freien Gewerkschaften bewerkstelligen ist und dringend durchgeführt werden muß. Die Bergarbeiter in Nieder- und Oberschlefien werden dem Personal der Jahre und Reichswälder Kollegen folgen.

was ich will.“ Jetzt hat der Stahlhelmer den Kollegen schon dreimal aufgefordert, die Wohnung zu räumen.

In Lützen (Schl.) arbeitet die Pianofortefabrik 25 Stunden wöchentlich und nur die Hälfte der Arbeiter ist beschäftigt. Nun hat Herr Gardebusch, ein edler Arbeiterfreund, der Belegschaft folgenden Vorschlag gemacht: „Ihr könnt Euch voll beschäftigen, Ihr könnt zehn bis zwölf Stunden arbeiten, wenn Ihr Euch verpflichtet, für daselbe Geld zu arbeiten, das Ihr für 25 Stunden bekommt. Denn der Grund der Kurzarbeit ist, daß wir infolge der hohen Löhne nicht konkurrenzfähig sind.“ Ein Arbeiter verdient bei voller Arbeitszeit 20 Mark die Woche, Arbeiter, merkt ihr's, wo sie hinsteuern? Augen auf!

In Roslich bei Lützen verlangte der Gutsbesitzer Grante von den Dominiararbeitern, daß sie von früh 7 1/2 Uhr bis 4 Uhr nachmittags (mit halbstündiger Pause) arbeiten sollen. Da das bei dieser Kälte, und da viele Frauen kleine Kinder haben, welche zum Mittagessen etwas Warmes haben wollen, unmöglich ist, kündigte er der ganzen Belegschaft. Es sind jetzt fünf Familien ohne Brot und Lohn. Dieser edle Mann verlangte auch, daß Frauen von der Drechselmaschine Sade voll Getreide abtragen müssen, sogar

eine 65 jährige Frau mußte diese Arbeit verrichten.

Wenn sie nicht wollen oder bei ihren ausgemergelten Knochen nicht mehr können, dann heißt es, ihr könnt gehen. Was für Zustände auf diesem Gute herrschen, spiegelt sich auch in folgender Sache wieder: Ein 65 jähriger Arbeiter erlitt zwei Unfälle, einmal geriet er infolge des Arbeitsbetriebs zwischen zwei Wagen und erlitt schwere Querschnitten. Dies war im Frühjahr. Und am 4. August brach sich derselbe Mann das linke Bein. Der Kollege ist 65 Jahre alt und arbeitet schon 20 Jahre auf dem Gut. Nun ist er arbeitsunfähig infolge des hohen Alters und der Unfälle. Er ließ im Juni einen Antrag stellen auf Altersrente; er hat über 35 Karten geleistet und bekommt bis heute noch keine Rente. Auch keine Unfallrente. Das ist Euer Los!

In Weißig, Kreis Steinau, ist der Kollege Johann Schönlitz seit dem Landarbeiterstreik 1923 entlassen. Da sich keine Wohnung finden Arbeit für ihn gefunden hatte, so mußte er die erste Zeit seine Kinder betteln lassen. Er selbst mußte die Wohnung räumen und mit seinen drei Kindern ein Loch in Größe einer Gefängniszelle beziehen. Jetzt bekommt er Arbeitslosenunterstützung, da er inzwischen Kolonnenarbeiten verrichtet hat. Das ist dem dortigen Inspektor Schönlitz zu viel und er schickte ihn, eine Arbeit von zwei Tagen zu machen, wo der Kollege wenigstens ein paar Stiefel und eine Säge haben möchte. Da es dies nicht hatte, konnte er die Arbeit von zwei Tagen nicht annehmen und der gute Inspektor, welcher auch Stahlhelmer ist, wollte dem Kollegen auch seine Arbeitslosenunterstützung zu Wasser machen. Was der Arbeiterfreund für einen Charakter hat, kann man aus folgendem Fall entnehmen: Im Sommer hatten sich die Kinder der Kollegen etwas Altes zum Füttern der Rindchen. Als nun der zwölfjährige Sohn des Kollegen Hornig sich etwas Altes pflichte, kam der Inspektor und geschlug den Jungen mit der Reispfanne darauf, daß man die Schwielen und blutunterlaufenen Stellen noch eine Woche später sah. Dagegen hatte er Kindern der Leute, welche im Stahlhelm sind, nichts getan. Ja, er ließ die Arbeiter, welche im Stahlhelm sind, mit der Sense aufs Ackerfeld gehen.